

Natur
und Umwelt,
Demokratie und
Rechte der
VerbraucherInnen
schützen!

Transatlantisches Freihandelsabkommen: Wir sagen *nein!*



Der transatlantische Angriff auf den Schutz der VerbraucherInnen

Da kommt was auf uns zu. Eine Partnerschaft, die wenigen Konzernen nützen und vielen Menschen schaden würde: das transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – kurz TTIP). Die Verhandlungen über diese Partnerschaft zwischen den USA und der Europäischen Union laufen unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit undurchsichtiger Beteiligung von Wirtschaftslobbyisten. Die wenigen Informationen, die nach außen dringen, verheißen nichts Gutes: TTIP droht zentrale Gesetze des Umwelt- und Verbraucherschutzes und Arbeitnehmerrechte auszuhebeln.

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über ein umfangreiches Freihandelsabkommen. Dieses Abkommen soll dafür sorgen, dass Zölle und unter-

schiedliche rechtliche Standards für Produkte (sogenannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“) beseitigt oder abgebaut werden.

Die Angleichung von Standards – zum Beispiel für die Herstellung von Lebensmitteln oder den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher – könnte etwas Gutes sein. Könnte. Doch mit der Angleichung und wechselseitigen Anerkennung von umwelt- und gesundheitsrelevanten Standards ist vor allem eine Angleichung auf niedrigstem Niveau beabsichtigt – zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und der Natur und Umwelt.



**GMO'S
KILL!**

...will have it all co

Verlierer: Umwelt, VerbraucherInnen und Landwirtschaft

Wirtschaftslobbyisten setzen schon jetzt alles daran, dass es so weit kommt. Auf ihren Wunschzetteln an die US-amerikanische Regierung und die Europäische Kommission drängen sie unter anderen auf

- mehr Gentechnik in der EU – und die am besten ungekennzeichnet. Die Industrie will über TTIP die Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen beschleunigen. Die Gentechnik-Kennzeichnung bei Lebens- und Futtermitteln soll abgeschafft werden;
- eine weitere Industrialisierung der Tierhaltung. Wie schon in den USA der Fall, soll dem nahezu grenzenlosen Einsatz von Wachstumshormonen, Antibiotika und Futtermittelzusätzen nichts mehr im Wege stehen. Tierschutz und gesundheitliche Bedenken sollen keine Rolle mehr spielen. Es wäre ein weiterer Punktsieg der Agrarindustrie, zulasten der bäuerlich-nachhaltigen Landwirtschaft;
- eine Aufweichung der EU-Regeln für den Einsatz gesundheitsschädlicher Chemikalien in Alltagsprodukten. Während die EU-Chemikalienverordnung REACH nach dem Vorsorgeprinzip arbeitet, liegt in den USA die Beweislast dafür, dass eine Chemikalie gefährlich ist, bei den Behörden. Die EU-Kosmetik-Verordnung verbietet 1.300 Chemikalien, die US-Gesetzgebung lediglich 11 Stoffe. Die Chemieindustrie auf beiden Seiten des Atlantiks hat zudem großes Interesse daran, einen besseren Schutz vor hormonell wirksamen Schadstoffen zu verhindern, die mit Brust- und Hodenkrebs in Verbindung gebracht werden;
- eine Privatisierung öffentlicher Gemeingüter: Mit TTIP droht die Gefahr, dass öffentliche Dienstleistungen – Wasserversorgung, Bildung, Infrastruktur, Verkehr usw. – privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden müssen.



Bei Umweltschutz verklagt?

Durch TTIP könnten nicht nur bestehende Standards aufgeweicht werden. Über das geplante Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) würde auch die Möglichkeit einer weiteren Verbesserung des Umwelt- und Verbraucherschutzes dramatisch eingeschränkt. Bei jeder Gesetzesveränderung könnten Unternehmen Staaten auf Entschädigung verklagen, wenn sie ihre erwarteten Gewinne bedroht sehen – vor Schiedstribunalen, die im Geheimen tagen und deren Entscheidungen bindend sind, vorbei an der nationalen Gerichtsbarkeit. Da es bei solchen Klagen häufig um zwei- oder dreistellige Millionensummen geht, führen sie oft dazu, dass anspruchsvolle neue Gesetze zum Umwelt- und Gesundheitsschutz abgeschwächt oder gar nicht erst vorgeschlagen werden.

Wie realistisch die Bedrohung durch das Investor-klagerecht ist, zeigt die Zahl der internationalen Schiedsverfahren in den vergangenen Jahren.

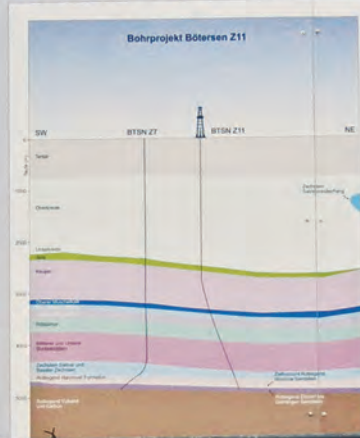
2012 gab es 514 laufende Verfahren. So verklagte etwa der Tabak-Konzern Philip Morris Australien wegen der Einführung von Einheitsschachteln für Zigaretten. Kanada wird von einem Konzern wegen eines Fracking-Moratoriums in der Provinz Quebec vor ein Tribunal zitiert – der Öl- und Gaskonzern klagt auf eine Entschädigung von 250 Millionen Dollar.



Bohrprojekt: Böttersen Z11

ExxonMobil
Development

Auf der Suche nach Erdgas Mit Energie die Zukunft sichern



Schöpfung bewahren
Wir schützen Menschen.

Böttersen Z11 soll einen Rotliegend Block im Erdgasfeld Böttersen auf Gasführung testen und anschließend den Rotliegend Etztorf/Dethlingen Formationen werden in einer Tiefe von ca. 4.800 m aufgeschlüsselt. Die Bohrung erfolgt in einer Tiefe von ca. 4.800 m in nordöstlicher Richtung.

Die Bohrung ist ein Teil von der Bohrung beträgt ca. 4.800 m in nordöstlicher Richtung.

Wasser Erde Natur
Wir protestieren
für
unsere Kinder

1. Erde 2011

Information

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Würde TTIP am Wohl der BürgerInnen ausgerichtet, bräuchte nicht hinter geschlossenen Türen verhandelt zu werden. Türen, die sich nur für Lobbyisten öffnen. So fanden bereits vor Verhandlungsauftritt 119 Gespräche mit Industrieverbänden statt, aber nur elf mit Verbrauchergruppen. Für die EU führt die Kommission die Verhandlungen, das Europäische Parlament wird nur am Rande informiert.

Mit dem geplanten „Rat für regulatorische Kooperation“ würden demokratische Prinzipien vollends untergraben. Der Rat würde eine regelmäßige Abstimmung neuer Gesetzesvorhaben zwischen Behörden der USA und der EU etablieren. Wirtschaftsakteure sollen dabei ein Mitspracherecht haben – und könnten ihnen unliebsame Gesetze stoppen, noch bevor sie ein demokratisch gewähltes Parlament diskutiert hätte.

Leere Versprechen

Die US-amerikanische Regierung und die Europäische Kommission betonen immer wieder, TTIP werde den transatlantischen Handel fördern. Dies garantiere Wirtschaftswachstum und schaffe Arbeitsplätze. Eine Gewissheit für solche Automatismen gibt es jedoch nicht – wie unter anderem eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung belegt. So gingen durch das 2012 geschlossene Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und den USA innerhalb eines Jahres 40.000 Arbeitsplätze verloren. Im Anschluss an das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (zwischen den USA, Kanada und Mexiko) sanken die Löhne in den USA und Kanada. Es geht nicht um Arbeitsplätze und allgemeinen Wohlstand, für viele, sondern um mehr Gewinn für wenige.



Die TTIP-Verhandlungen müssen gestoppt werden!

TTIP ist inakzeptabel. TTIP ist unverträglich mit den Interessen der meisten Bürgerinnen und Bürger. Die Verhandlungen werden intransparent und unter Ausschluss der Zivilgesellschaft geführt. Unter dem Deckmantel eines zweifelhaften Wirtschaftswachstums droht TTIP Umwelt- und Verbraucherschutzstandards auszuhöhlen und rechtsstaatliche Verfahren zu unterminieren – zugunsten immer mächtiger werdender Konzerne. Der BUND fordert daher einen sofortigen Stopp der Verhandlungen.



© Jakob Huber/Campact, CC BY-NC 2.0

Zusammen mit dem Bündnis TTIPunfairHandelbar und dem Netzwerk Friends of the Earth Europe fordert der BUND: Rechte für Menschen und Regeln für Konzerne.

Was kann ich tun?

Werden Sie aktiv und unterstützen Sie uns in der Auseinandersetzung um das transatlantische Freihandelsabkommen – zugunsten eines konsequenten Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzes!

Unterzeichnen Sie unsere Bürgerinitiative gegen TTIP

Mit über 240 Organisationen aus ganz Europa haben wir eine selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative gegen TTIP gestartet, um die EU-Kommission zum Abbruch der TTIP-Verhandlungen zu bewegen. Das schaffen wir nur gemeinsam! Unterzeichnen Sie deshalb hier den Aufruf:

www.bund.net/stopttip

Immer auf dem Laufenden

Mit unserem TTIP-Infodienst versorgen wir Sie fortlaufend mit Neuigkeiten zu TTIP und CETA, Fakten und Argumenten und informieren Sie über Mitmachangebote. Sie wollen aktiv werden gegen TTIP? Dann registrieren Sie sich hier für unseren Info-Dienst!

www.ttip.bund.net

Aktiv im Netz

Folgen Sie uns im sozialen Netz auf Facebook oder Twitter und unterstützen Sie dort unsere Arbeit gegen TTIP!

www.facebook.com/bund.bundesverband

www.twitter.com/bund_net



Die Erde braucht Freundinnen und Freunde!

Werden Sie aktiv – werden Sie BUNDmitglied und ermöglichen Sie unseren Einsatz gegen ein Freihandelsabkommen, das massiv Natur und Umwelt, Demokratie und Rechte der VerbraucherInnen gefährdet.

Engagieren Sie sich mit uns gegen Gentechnik, die Industrialisierung der Tierhaltung, die Aufweichung der EU-Regeln für Chemikalien sowie die Privatisierung öffentlicher Gemeingüter (wie Wasserversorgung, Bildung oder Infrastruktur).

Jetzt BUNDmitglied werden – ganz einfach unter:
www.bund.net/mitgliedwerden



Impressum: *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.*
Friends of the Earth Germany · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
Fon (030) 27 58 6-40 · Fax (030) 27 58 6-440 · info@bund.net
www.bund.net · Text: Dr. Kathrin Birkel, Nikolai Miron · Redaktion:
Dr. Norbert Franck (V.i.S.d.P.) · Titelbild: Lutz Weischer · Gestaltung:
Natur & Umwelt GmbH · Druck: Z.B.I., Oktober 2014